



IGM **R**egional

Zeitung für die Region Stuttgart · E 45481/Nr.5

Dezember 2003

Böblingen · Esslingen · Göppingen · Ludwigsburg · Stuttgart · Waiblingen

kundgebung bei mahle



Protest gegen sozialen

Kahlschlag in Wirtschaft

und Politik

► **Seite 2**
CDU gegen
Arbeitslosenzentrum

► **Seite 3**
Elektrowerkzeuge:
Bosch will verlagern

► **Seite 4/5**
Interview zum
Struktur-Bericht

► **Seite 6**
Bosch: 7,10 Euro
Stundenlohn

► **Seite 7**
Fragen zur Person
Christos Prassas

► **Jürgen Stamm:** Ich erwarte weitere Aktionen in der Region Stuttgart

Reformpoker sorgt für Empörung

IG Metall befürchtet Systemwechsel im Arbeitsrecht

Die CDU will beim derzeitigen Reformpoker in Berlin weitere Verschlechterungen des Arbeitsrechts durchsetzen. „Hier sind Systemveränderer am Werk“, sagt Jürgen Stamm. Der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Stuttgart befürchtet, dass „in Berliner Hinterzimmern eine virtuelle große Koalition gebildet wird, die die Republik dann vor vollendete Tatsachen stellt“. Dieser Anschlag auf das Sozialstaatsprinzip müsse so weit wie möglich verhindert werden.

Ob Ingenieur oder Facharbeiter, ob teilzeit- oder befristet beschäftigt, den Arbeitern und Angestellten könnten „schlimme Zeiten“ bevorstehen, warnt Jürgen Stamm. „Dann nämlich, wenn sich die neoliberalen Systemveränderer im Vermittlungsausschuss des Bundestags und des Bundesrates durchsetzen. Zu denen gehöre auch

der baden-württembergische Finanzminister Gerhard Stratthaus (CDU), der die Arbeitsgruppe „Steuern/Finanzen“ im Vermittlungsverfahren leitet. Stratthaus und Co. wollen die Regierung zu einer Änderung des Tarifrechts zwingen, damit die Betriebsräte erpressbar und die Gewerkschaften geschwächt werden. Weiter verlangt die CDU:

- die Verwässerung des Kündigungsschutzes,
- die Beschneidung des Rechtsanspruches auf Teilzeitarbeit und
- die Ausdehnung des Befristungsunwesens. Das selbe Unternehmen könnte dann die gleiche Person mehrfach hintereinander befristet beschäftigen, sich also um eine Festanstellung drücken.

„Überall in den Betrieben, wo wir über die geplanten Angriffe auf unsere Rechte be-

richten, ist die Empörung groß“, sagt Jürgen Stamm. Häufig würden aber das Ausmaß des Kahlschlags und die langfristigen Folgen noch nicht erkannt. Trotzdem hat der Stuttgarter Bevollmächtigte den Eindruck, „dass sich immer mehr Beschäftigte gegen diese Politik der sozialen Kälte zur Wehr setzen wollen“. Stamm: „In etlichen Betrieben wurde uns gesagt, dass in der Endphase der Verhandlungen in Berlin mit erneuten Protesten zu rechnen ist.“ Erste Arbeitsniederlegungen hatte es bereits im Oktober bei Bosch, Daimler, Porsche und Werner und Pfleiderer in Stuttgart und Sindelfingen gegeben. An der großen Protestdemonstration am 1. November, an der 100.000 Menschen teilgenommen hatten, beteiligten sich auch viele aus der Region Stuttgart. Allein 30 Busse fuhren von hier aus nach Berlin.

Ihre Rechtsanwälte für Arbeitsrecht

Filzek & Gatzky

Aspenhanstraße 5
72770 Reutlingen
Fon 07121 - 34 5 34 - 0
Fax 07121 - 34 5 34 - 22
Email filzek.gatzky@t-online.de

Stark, Mayer, Hehr & Kollegen

Alleenstraße 10
71638 Ludwigsburg
Fon 07141 - 91 308 - 0
Fax 07141 - 91 308 - 77
Email stark@rechtsanwaelte-lb.de

Wohlfarth, Dr. Gutmann, Pitterle

Olgastraße 1
70182 Stuttgart
Fon 0711 - 23 98 45
Fax 0711 - 2 39 84 99
Email ra.wohlfarth@t-online.de

Anzeige

kurz berichtet...

Internationalität

Die Region Stuttgart ist mit einer Exportquote von über 50 Prozent die Exportregion Nummer eins in Deutschland. Basis ihres wirtschaftlichen Erfolgs ist „die Offenheit der Region für Menschen aus dem Ausland als Mitbürger, als Arbeitnehmer, als Unternehmer oder als Besucher“. So das Ergebnis des neuen Strukturgutachtens des IMU-Instituts und des IAW. Das relativ konfliktfreie Zusammenleben mit den Ausländern sei ein „Standortvorteil“, sagte dazu *Andreas Richter*, der Hauptgeschäftsführer der IHK Region Stuttgart. Dies betonten auch die anderen Auftraggeber des Berichts, der Verband Region Stuttgart, die Handwerkskammer und die IG Metall. Das 300 Seiten umfassende Werk kann abgerufen werden unter

► www.bw.de/region-stuttgart

Zweifel an Stuttgart 21

Zweifel an Stuttgart 21 hat inzwischen die IHK in der Region bekommen. Hauptgeschäftsführer *Andreas Richter* bezweifelt, „ob die Planung von 24.000 Arbeitsplätzen in Verbindung mit Stuttgart 21 Bestand haben wird“. Die IG Metall Region Stuttgart habe dies bereits vor sechs Jahren in Frage gestellt, fühlt sich Sprecher

Dieter Knauß jetzt bestätigt. Kritische Einwände gab es seit Beginn der Diskussion auch vom Stuttgarter IMU-Chef. *Frank Iwer* warnte vor einem „reinen Verdrängungsprozess“ (IGM-Regional Juli 1996). Jetzt fordert die IHK die Verantwortlichen auf, die Planungen darauf zu überprüfen, ob sie noch bedarfsgerecht sind. Dies gelte, so *Andreas Richter*, für Büroflächen ebenso wie für Einzelhandelsflächen. Trotzdem hält der IHK-Geschäftsführer das Projekt für notwendig. Dass die Kosten die Steuerzahler zu tragen haben, gilt dabei als Selbstverständlichkeit. Als Alternative zu Büros und Handel regt *Richter* an, auf dem Bahngelände die Ministerien des Landes unterzubringen, womit wieder der Steuerzahler zur Kasse gebeten würde.

Politik für Rußfilter

Bundesumweltminister *Jürgen Trittin* und die Umweltminister der Länder haben die Autoindustrie einmütig dazu aufgerufen, bei Dieselfahrzeugen serienmäßig Ruß- bzw. Partikelfilter einzubauen. „Ich habe aufgegeben, an die Einsicht der deutschen Unternehmen zu glauben“, sagte *Trittin*. Er will die Einführung des Filters und seine Nachrüstung ab 2005 mit einer Steuerermäßigung von bis zu 600 Euro fördern.

„Wir haben dies seit Jahren gefordert“, sagt *Dieter Knauß* von der IG Metall Region Stuttgart und verweist auf verschiedene Veröffentlichungen in IGM-Regional. Gefilterte Diesel-Fahrzeuge würden die menschliche Gesundheit nicht weiterhin gefährden. In der Auto-Region Stuttgart führe dies zudem zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

CDU gegen Arbeitslosenzentrum

Die CDU-Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat will die städtischen Zuschüsse für das Stuttgarter Arbeitslosenzentrum „Salz“ streichen, was das Ende des Zentrums bedeuten würde. *Wolfgang Brach* vom DGB Region Stuttgart, der auch der Vorsitzende des Vereins ist, hat sich deshalb an die Stadträte und den Oberbürgermeister *Wolfgang Schuster* mit der Bitte gewandt, den Antrag abzulehnen. Das Zentrum biete den Erwerbslosen „einen wichtigen Halt auf ihrem schwierigen Weg“ und werde künftig „mehr denn je gefordert sein“. Die Kolleginnen und Kollegen vom „Salz“ planen für 18. Dezember, den Tag der Haushaltsberatungen, Protestaktionen. Träger des Zentrums sind der DGB und die Evangelische Gesamtkirchengemeinde Stuttgart.

IGM REGIONAL
Sechster Jahrgang
Nr. 5 (Dezember 2003)

Erscheinungstag: 4. Dezember

Herausgeber: IG Metall
in der Region Stuttgart

Verantwortlich: Dieter Knauß
und Jürgen Stamm, die Sprecher
der IGM in der Region Stuttgart

Redaktionsanschrift:
IG Metall, Fronackerstraße 60
71332 Waiblingen
Fon 07151/95 26-0
Fax 07151/95 26-22
e-mail: waiblingen@igmetall.de
www.bw.igm.de/region-stuttgart

Konzeption, Realisierung,
Redaktion: Ostendmedia

Erscheinungsweise:
jeden zweiten Monat
(außer im Sommer)

Nächste Ausgabe:
März 2004

Fotos: Bosch, Graffiti,
Habermann, IGM, privat

Druck: Weinmann

Papier: 100% Sekundärfasern
nordisches Umweltzeichen

Auflage: 50.000

Verteilung: Postversand
und Betriebsverteilung

Jahresabonnement: 7,50 Euro
(inkl. Versandkosten). Bei
Mitgliedern ist die Bezugs-
gebühr im Beitrag enthalten.

Anzeigen: Ostendmedia
Fax: 0711/42 90 80



SPART SPRIT. DAS VVS FIRMENTICKET.

Ständig an der Tankstelle und dabei kaum Kilometer auf dem Tacho? Kein Wunder – im Großstadtverkehr wird jedes Auto zum Schluckspecht. Einen besseren Schnitt machen Sie mit dem VVS Firmenticket – der Jahreskarte, die durch die Sammelbestellung über die Firma bis zu 10% günstiger wird. Busse und Bahnen bringen Sie zügig, bequem und pünktlich in die Firma und nach Hause. Tag für Tag. Sie werden staunen, wie lange in Zukunft eine Tankfüllung reicht!

12 MONATE FAHREN. 9 MONATE ZAHLEN.

Sprechen Sie einfach in Ihrer Firma über das VVS Firmenticket! Nähere Informationen und gute Argumente bekommen Sie von uns. Infos: 07 11/66 06-253 oder www.vvs.de


25 JAHRE VVS
UND S-BAHN


Clever auf Achse

Anzeige

► **Wolfgang Mann:** Wenn Bosch Leinfelden fällt, fallen auch die übrigen Profigeräte-Hersteller

Domino-Effekt befürchtet

IG Metall: Elektrowerkzeuge-Branche muss in der Region bleiben

Die rund 5.000 Beschäftigten der Elektrowerkzeuge-Hersteller in der Region Stuttgart stehen vor schweren Zeiten. Nachdem das frühere AEG-Werk Atlas Copco in Winnenden wegen einer Verlagerung nach Tschechien über 150 Stellen abgebaut hatte, kündigte jetzt Bosch die Streichung von 150 Arbeitsplätzen in Leinfelden an. „Wenn Bosch die Produktion von Westeuropa nach China oder Ungarn verlagert, dann trifft dies auch die anderen Hersteller“, sagt Dieter Knauß, der Sprecher der IG Metall Region Stuttgart. Deshalb wolle man sich gemeinsam für den Erhalt der Branche in der Region einsetzen.

Ob bei Fein, Metabo oder Bosch, China-Reisen gehören heute bei den Herstellern von Elektrowerkzeugen fast schon zum Alltag. Und dabei geht es nicht nur um den Verkauf, sondern verstärkt auch um die Fertigung. So ist es mittlerweile keine Seltenheit mehr, dass chinesische Arbeiter Bosch oder Metabo-Geräte montieren – manchmal sogar im selben Werk. Der Bosch-Konzern will künftig auch Profi-Werkzeuge im Osten fer-

tigen lassen, Zweikilo-Bohrhämmer in China, Winkelschleifer und Häcksler im neuen Werk in Ungarn. Deshalb sollen im Werk Leinfelden mindestens 150 und im sächsischen Sebnitz 85 Stellen gestrichen werden. Betriebsratsvorsitzender Wolfgang Mann befürchtet, dass dies nur der Anfang ist. So werde auch die Fertigung des holländischen Bosch-Werkes nach Ungarn verlagert. Davon sind rund 200 Stellen betroffen. Ein Großteil der Arbeiter hat bereits die Kündigung erhalten. Das Werk in Sebnitz im Osten Deutschlands werde nur deshalb nicht aufgegeben, weil Bosch dafür hohe Subventionen bekam, die mit Arbeitsplatzgarantien verbunden waren. Die Betriebsräte der beiden Werke haben deshalb ein Konzept zur Standortsicherung gefordert. Die für Leinfelden geplante Fertigung von Bohr- und Schlaghämmern sei für eine wirtschaftliche Führung des Werkes nicht ausreichend.

„Wenn Bosch Leinfelden oder ein anderer Profigeräte-Hersteller der Region fällt“, so Wolfgang Mann, „dann fallen auch die übrigen“, denn keiner könnte der Billigkonkurrenz aus dem Osten standhalten. Um

diesen Domino-Effekt zu verhindern, haben sich die Betriebsräte der betroffenen Firmen Anfang des Monats zusammengesetzt und ein gemeinsames Vorgehen besprochen. Dieter Knauß hat mittlerweile Walter Rogg, den Chef der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart über die dramatische Lage informiert und um Unterstützung gebeten. „Die Region war die Wiege der Elektrowerkzeuge“, so der Regionalsprecher der IG Metall, „und sie ist nach wie vor weltweit führend bei der Herstellung der Profigeräte“. Diese Position sollten wir verteidigen.

Die Hersteller von Elektrowerkzeugen in der Region Stuttgart:

Atlas-Copco (früher AEG), Winnenden

Baier, Asperg

Bosch, Leinfelden und Murrhardt

Fein, Stuttgart, Sonnenbühl und Bargau

Festool, Wendlingen

Flex, Steinheim

Metabo, Nürtingen

elektrowerkzeuge

► **Sony will Belegschaft halbieren**

„Maßlose Profitgier“

Schaumschlägerei und Kirchturnpolitik warf die IG Metall 1999 dem Stuttgarter Oberbürgermeister Wolfgang Schuster vor, als er die Ansiedlung von 300 Sony-Arbeitsplätzen auf dem Kodak-Areal

im Stuttgarter Stadtteil Wangen als großen Erfolg feierte (IGM-Regional Oktober 1999). Jetzt will die „Hightech-Factory“ 140 Forschern und Entwicklern kündigen.

„Stuttgart hatte vor vier Jahren der Stadt Fellbach im Rems-Murr-Kreis Sony abgeworben, dafür viel Geld ausgegeben, aber keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen“, erinnert sich Dieter Knauß, der Sprecher der IG Metall Region Stuttgart, denn die 300 Beschäftigten mussten lediglich von Fellbach nach Stuttgart wechseln.

Federführend für diesen „Coup“ war der damalige Stuttgarter Wirtschaftsförderer Joachim Pfeiffer, der seit einem Jahr den Wahlkreis Waiblingen im Bundestag vertritt. Obwohl sich Pfeiffer als langjähriger Fraktionschef der CDU im Regionalparlament gern als Vorkämpfer der Region darstellt, hatte er sich damals über Fellbach und die regionale Wirtschaftsfördergesell-

schaft WRS hinweggesetzt, um Sony in die Landeshauptstadt zu holen. Arbeitsplatzgarantien gab es freilich nicht. Dafür musste Stuttgart viel Geld für die Verbesserung des Umfeldes in Wangen investieren.

Sony dagegen, so Dieter Knauß, wollte sich mit dem Umzug und dem damit ermöglichten Verkauf des Fellbacher Firmengeländes „eine goldene Nase verdienen“, ein Geschäft, das bisher allerdings wegen der Preisvorstellungen des Konzerns nicht zu Stande kam. Knauß wirft den Konzernstrategen in Japan „maßloses Profitstreben auf Kosten der Beschäftigten“ vor, denn das durchaus profitable Unternehmen will die Gewinne innerhalb von drei Jahren vervierfachen. Die rigorose Personalpolitik der japanischen Manager sind nicht neu. Von den einst über 700 Arbeitsplätzen in Fellbach ist außer den derzeit noch 300 Stellen in Stuttgart nichts geblieben.



Eröffnung des Bosch-Service-Centers in Südchina



Protest gegen

Kahlschlag bei Sony:

1999 in Fellbach

IG Metall beklagt *Murks in der*

Wirtschaftsförderung Region Stuttgart

Die Arbeitslosigkeit steigt auch in der Region Stuttgart. Das jüngste Strukturgutachten beschreibt die Gefahren, die auf die Region zukommen könnten. IGM-Regional befragte dazu Dieter Knauß, den Sprecher der IGM Region Stuttgart.

Befinden wir uns bereits in einer Krise wie Anfang der 90er Jahre?

Ja und nein. Der Fahrzeugbau ist nach wie vor die beschäftigungsintensivste Industriebranche in der Region. Die Abhängigkeit ist sogar gestiegen, denn Umsatz und Beschäftigung nahmen bis zum Vorjahr weiter zu, während die meisten anderen Branchen 2002 mit zum Teil deutlichen Rückgängen zu kämpfen hatten. Wir haben in der Region derzeit zahlreiche Krisenbetriebe, aber auch extrem potente und profitable Unternehmen wie **Bosch**, die Mercedes-Sparte von **Daimler** oder **Porsche**. Mittlerweile nimmt der Druck aber auch hier zu.

Trotzdem kam es zu keinen größeren Entlassungswellen.

Arbeitszeitkonten, die abgebaut werden oder der Rückgang der Zahl von befristeten Arbeitsverhältnissen und Leiharbeitern machen dies möglich. Das beruhigt uns aber nicht, denn das führte zu einem Abbau von Beschäftigung und einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Wie kritisch ist die Lage der Zulieferbetriebe?

Mit Ausnahme von Bosch und einigen anderen habe ich zum Teil große Sorgen. So hat die Region als Zulieferer von Kfz-Gussteilen inzwischen ihre Bedeutung verloren. Obwohl die Branche seit Jahren an Insolvenzen und Missmanagement leidet und obwohl die Automobilhersteller fast verzweifelt zuverlässige Gießereien suchen, haben sich Wirtschaft und Politik in der Region kaum darum gekümmert. Im Gegensatz dazu hat sich in Bayern sogar Ministerpräsident **Edmund Stoiber** für die Ansiedlung des angeblich weltweit modernsten Druckgusswerkes in Hof eingesetzt. In unmittelbarer Nachbarschaft errichtet der bayerische Staat für zehn Millionen Euro ein Autozuliefer-Technikum. Der Investor ist die aus der früheren Mahle-Gießerei in Fellbach hervorgegangene **Altec GmbH**, die der spanischen Infun-Gruppe gehört.

Wie hoch sind die Investitionen in Bayern?
Altec investiert 45 Millionen Euro und hat bereits langfristige Lieferverträge. Die Fellbacher Kollegen befürchten dann die Schließung ihres völlig überalterten Werkes. Die **Mahle-Spitze** hat übrigens auch in der Gießerei in Markgröningen eklatant versagt. Und dies obwohl Betriebsräte und IG Metall seit Jahren davor warnen.

Was kann getan werden?

Die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart sollte sich endlich intensiv mit den Problemen der Zulieferer befassen. Der von uns angeregte „Standortdialog Fahrzeugbau“ kam leider nie richtig in die Gänge. Er hätte sich um die Bestandspflege des so genannten Automobilclusters kümmern sollen, vor allem für die Förderung von Kooperationen. Stattdessen hat die WRS gegen den Rat der IG Metall und der Industrie- und Handelskammer ihr Schwergewicht auf ei-

nen wohl wenig wirkungsvollen Internetauftritt verlegt (www.sks-fahrzeugbau.de). Wir müssen schleunigst Bilanz ziehen und uns mehr um Krisenbranchen wie die Gießereien oder um Technikentwicklungen kümmern. So lobenswert der Einsatz der WRS für die Brennstoffzelle ist, leider hat die Region dabei den viel näher liegenden Partikelfilter für Dieselmotoren vergessen. Deren Entwicklung und Produktion schafft und sichert übrigens in den nächsten Jahren viele Arbeitsplätze, zum Beispiel bei **Bosch** und bei **Eberspächer**.

Und wie ist die Lage bei den Finalisten?

Die Autobauer selbst haben mit konjunkturellen und hausgemachten Problemen zu tun. Deshalb wird bei Opel die Arbeitszeit verkürzt. Bei Porsche in Stuttgart-Zuffenhausen wird es noch mehr Schließtage geben als geplant. Experten führen dies vor allem auf den anstehenden Modellwechsel zurück, der zu spät komme. Besonders ärgerlich sind auch die Qualitätspro-

bleme unserer Autobauer und ihrer Zulieferer. Darunter auch **Daimler** und **Bosch**. Diesen Murks made in Germany hat jüngst auch das Fraunhoferinstitut massiv kritisiert. Ursache ist meistens die Tendenz, immer schneller und immer anspruchsvoller mit immer weniger Personal zu arbeiten. Dies ist nicht nur eine Zumutung gegenüber den Beschäftigten, es verursacht auch enorm hohe Kosten. Unsere Betriebsräte warnen davor seit Jahren. Doch leider konnten sie sich nur teilweise durchsetzen.

Auch bei der Telekommunikation und den Elektrowerkzeug-Herstellern gibt es große Probleme.

Diese beiden Branchen müssten ebenfalls ein Thema der Wirtschaftsförderung sein. Es geht schließlich um den Bestand von so wichtigen Firmen wie **Alcatel** oder **Marconi**.

Um Arbeitsplätze sollte sich doch auch die Regional Beschäftigungsagentur kümmern.
Diese Agentur hat die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart auf Initiative der IG Metall und der SPD gegründet. Sie hatte dann gewisse Anlaufschwierigkeiten und wurde mittlerweile umfirmiert, nennt sich Abteilung Arbeitsmarkt und Qualifizierung. Doch gerade jetzt wäre eine gut funktionierende Beschäftigungsagentur wichtig.



Dieter Knauß
Sprecher der IGM Region Stuttgart

Im Mittelpunkt Kultur

Das Angebot der Kulturgemeinschaft ist so vielfältig wie das Kulturprogramm der Region Stuttgart.

30 Abonnements in verschiedenen Kombinationen in Theatern, Museen und Konzertsälen stehen zur Auswahl. Alle Tickets mit VVS-Fahrberechtigung.

Wir übersenden Ihnen gerne kostenlos und unverbindlich unsere aktuellen Programm-bücher **Spielpläne** und **Kunstabo**.



www.ranger-design.com

Bitte ankreuzen

Spielpläne Kunstabo

Name, Vorname

Straße/Hausnummer/Telefonnummer

Postleitzahl/Ort

Kulturgemeinschaft

Telefon 07 11/22 4 77-15, 16, 19, 20, 21, Fax -23, Mailbox-89
Internet: www.kulturgemeinschaft.de
eMail: info@kulturgemeinschaft.de
Willi-Bleicher-Straße 20, 70174 Stuttgart
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr

Ausschneiden, aufkleben und absenden, mailen, faxen oder anrufen.

Autoindustrie

soll sich um die Schwachstellen kümmern

Der Strukturbericht kritisiert auch die Politik der Arbeitsämter in der Region.

Die Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der öffentlichen Hand sind sich in den Selbstverwaltungsorganen der Arbeitsämter einig, dass mehr für die Weiterbildung, vor allem die von An- und Ungelernten, getan werden muss. Doch bei der Arbeitsverwaltung und in den Betrieben fehlt die nötige Koordination der vorhandenen Möglichkeiten. Ist es nicht aberwitzig, dass über 30 Prozent der vom Arbeitsamt ausgegebenen Bildungsgutscheine verfallen, weil sie nicht eingelöst werden oder werden können? Gleichzeitig müssen Bildungsträger ihre Kurse mangels Teilnehmer absagen.

Gibt es bei der Qualifizierung auch Probleme?

Das Strukturgutachten stellt zum Teil erhebliche Sprachprobleme fest. Das gilt zumindest für einen Teil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Ich kann den Betrieben nur raten, Sprachkurse anzubieten, wie dies unter anderem bei Stihl in Waiblingen übrigens seit einigen Jahren erfolgreich praktiziert wird. Um mittel- und langfristig Erfolge zu erzielen, muss die Sprachförderung aber schon im Vorschulalter beginnen. Das gilt übrigens für alle Kinder.

Wer soll das bezahlen angesichts der leeren Kassen unserer Städte und Gemeinden?

Das ist der Kern unseres Streites mit der Politik und der Wirtschaft, die ständig über die schlechte Ausbildung unserer Jugendlichen jammern. Doch das kostet Geld, Steuergelder, die die Wirtschaft nicht zahlen will. Die



Regierungen von Helmut Kohl und Gerhard Schröder haben diesen Forderungen immer wieder nachgegeben. So konnte Daimler über zehn Jahre hinweg in der Region keine Steuern bezahlen; aber die regionale Infrastruktur, die Leistungen der Kindergärten, Schulen und Hochschulen wurden wie selbstverständlich in Anspruch genommen. Diese Schmarotzer-Ideologie der Wirtschaft sollte endlich ein Ende haben. Übrigens nicht zuletzt um ihrer selbst Willen.

Die Region lebt vom Export, aber auch von der Arbeit ihrer vielen Migranten und Mi-

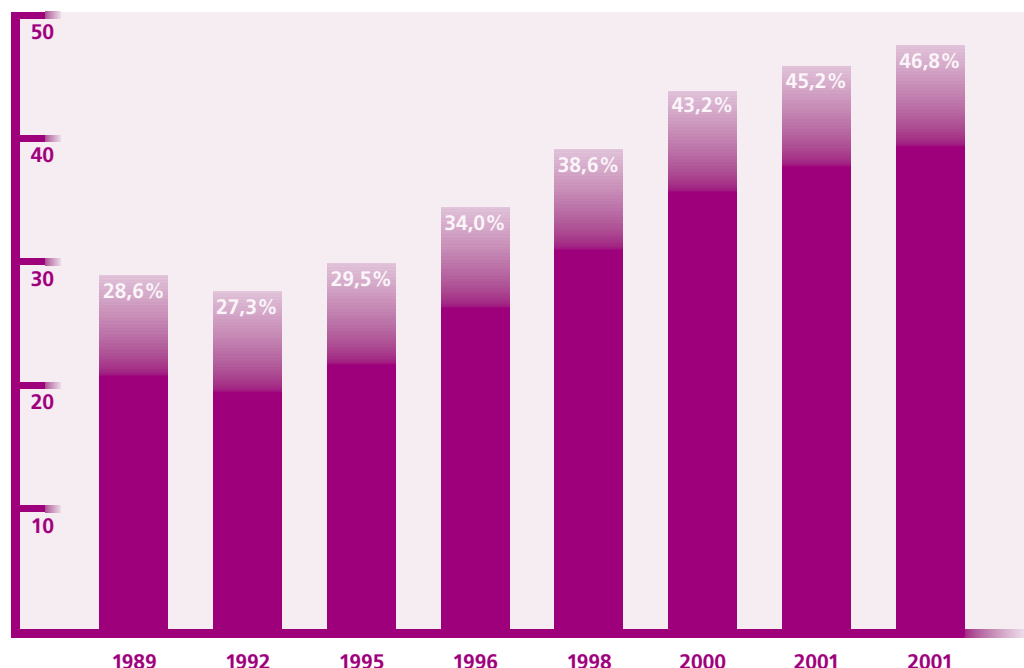
grantinnen. Werden deren Potentiale genügend genutzt?

Leider nicht. Aber als Gewerkschafter sollte man nicht immer und vor allem nicht ausschließlich nach den wirtschaftlichen Potentialen fragen. Uns geht es immer um die Menschen, die ja häufig unsere Mitglieder sind. Sie wollen zusammen mit uns ihr Los verbessern. Und dafür kämpfen wir unabhängig von Sprache, kulturellem Hintergrund oder Religion. Wenn dies auch der Wirtschaft dient, um so besser. Also zurück zur Frage: Eigentlich müssten Personalchefs auf jeden zweisprachigen Arbeiter oder Angestellten scharf sein, denn es ist von Vorteil, wenn ein Verkäufer oder ein Monteur mit dem Kunden in Italien oder Griechenland in dessen Muttersprache spricht. Auch die Kenntnis anderer Kulturen könnten unsere Unternehmen nutzen, um ihre weltweiten Geschäfte erfolgreich tätigen zu können. Mehrsprachigkeit sollte deshalb als Kompetenz anerkannt und gefördert werden. So steht es auch im Strukturbericht. Wenn ich dann allerdings die Schulpolitik unserer Kultusministerin Annette Schawan ansehe, dann bekomme ich Zweifel, ob man mit ihr darüber überhaupt diskutieren könnte. Die schafft es ja nicht einmal, den Unterrichtsausfall in den Berufsschulen zu beheben.

3.000 Mahle-
Beschäftigte
demonstrierten
in Stuttgart
gegen den geplanten
Personalabbau

Abhängigkeit vom Fahrzeugbau steigt

Umsatzanteil am Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart



Dumpinglöhne bei Bosch in Feuerbach

7,10 Euro Stundenlohn

Für 7,10 Euro (brutto) montiert Zaklina Babic zur Zeit Einspritzpumpen für eines der modernsten Autos der Welt, den neuen Golf. Genauso schlecht oder noch schlechter werden 69 weitere Frauen in der Montage bezahlt. Anheuern ließ sie das Bosch-Werk in Stuttgart-Feuerbach von den Zeitarbeitsfirmen Adecco, Randstad und Manpower. Bosch-Beschäftigte bekommen für die gleiche Arbeit das Doppelte.

„Wir fühlen uns total minderwertig“, klagt die 30-jährige Zaklina Babic, die sich wehmütig an ihre erste Arbeitsphase bei Bosch zurückerinnert. Damals hatte sie einen befristeten Zeitvertrag. Für die gleiche Arbeit bekam sie den üblichen Bosch-Lohn, der heute bei 14,60 Euro liegt. Plus Zuschläge. Der Vertrag lief im März 2002 aus. Eine Weiterbildung lehnte Bosch ab, da



Zaklina Babic
Montiererin bei Bosch

Babic nur einen befristeten Vertrag hatte. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit bekam die Mutter von zwei Kindern kein Geld mehr vom Arbeitsamt. Grund: eine Lebensversicherung und ein Bausparvertrag. So lebte die Familie ein halbes Jahr lang ausschließlich vom Einkommen des Mannes. „Früher

konnten wir uns dann zum Beispiel einen Familientag im Mineralbad Leuze oder im Europa-Park leisten“, sagt die 30-Jährige. „Das war dann nicht mehr drin.“

Trotz eines hervorragenden Zeugnisses, führten Babics Bewerbungen bei Bosch immer wieder zu Absagen. Auch die vom Arbeitsamt genannten Leasing-Firmen wollten die Kollegin nicht einstellen. Bis sie im September die Chance bekam, über Adecco wieder bei Bosch zu arbeiten – als Leiharbeiterin für 7,10 Euro. Ihr Vertrag



Einspritzpumpen-Fertigung bei Bosch:
Sichtprüfung während der Endmontage

läuft Ende Dezember aus. „Nächstes Jahr bin ich wieder arbeitslos“, klagt Babic „und weil das letzte Arbeitsverhältnis kürzer als ein Jahr war, bekomme ich keinen Cent vom Arbeitsamt.“

Betriebsrat Roland Saur wirft den Verantwortlichen von Bosch eine „kaum zu überbietende menschliche Kälte“ vor. Der Betriebsrat fordert deshalb die Einstellung der Zeitarbeiterinnen sobald Bosch wieder Personal benötigt.

Ein Klick, und wir sind da.

Der neue Service für AOK-Versicherte.



Leistungen beantragen.
Neue Versichertenkarte bestellen. Schnell noch vor dem Urlaub einen Auslandskrankenschein anfordern. Oder sich zu den unterschiedlichsten Versicherungsfragen vertraulich beraten lassen: Das alles wird jetzt einfach wie nie und natürlich topsecret durch Datenschutz. Mit der neuen Internet-Serviceplattform www.aok24.de

aok24.de

persönlich und sicher
Gleich mal reinklicken

Die AOK tut mehr.

AOK Baden-Württemberg
Wir sind immer für Sie da.

AOK
Die Gesundheitskasse.

Betriebsräte sowie Azubi- und Schwerbehinderten-Vertretungen qualifizieren sich

bei der BildungsKooperation Region Stuttgart e.V.

„Wer strukturiert arbeiten will,
geht zur BiKo.“



Sigrun Richter, IMU Stuttgart
BiKo-Referentin



BiKo BildungsKooperation

Schwieberdinger Straße 54 • 71636 Ludwigsburg

Fon 07141 48 87 78-0 • Fax 07141 48 87 78-7

E-Mail info@biko-stuttgart.de • www.biko-stuttgart.de

Die BiKo ist ein freier Bildungsträger, der in Kooperation mit der IG Metall Region Stuttgart Betriebsräte, Jugend- und Auszubildenden- sowie Schwerbehinderten-Vertretungen qualifiziert.

Christos Prassas

► *Christos Prassas gehört zu den vielen Migranten ohne*

die die Region Stuttgart längst nicht mehr leben könnte.

In Griechenland aufgewachsen kam er 1963 ins Schwabenland, wo er einen „Kulturschock“ erlebte. Da er wegen der Militärdiktatur nicht mehr zurück konnte, machte sich der Metalller auf den langen Weg der Integration und bekam 1980 – neben der griechischen – die deutsche Staatsbürgerschaft.

fragen zur person

Welche Bedeutung hat für dich die Region Stuttgart?

Ich lebe jetzt seit 40 Jahren in dieser Region. Deshalb ist es mir natürlich ein Anliegen, dass es ihr gut geht.

Welche politischen Vorbilder hattest du in deiner Jugend?

Die SPD-Politiker Herbert Wehner und Willy Brandt, die sich immer für die unteren Schichten eingesetzt haben. Willy Brandt war für mich ein Idol - wegen seines Widerstandes in der Nazi-Zeit oder seiner Arbeit als Bürgermeister in Berlin. Und Andreas Papandreu, der Chef der sozialistischen Partei Griechenlands PASOK.

Nenne die größten Enttäuschungen in deinem politischen Leben.

Obwohl Willy Brandt mehr Demokratie wagen wollte, hat er sich als Bundeskanzler für die Berufsverbote von Staatsdienern mit linker oder kommunistischer Gesinnung ausgesprochen. Ebenso enttäuscht hat mich die Beteiligung der BRD am Nato-Angriff auf Jugoslawien. Innerhalb der IG Metall hat mich der Rücktritt von Franz Steinkühler sehr geärgert. Er war einer der fähigsten Gewerkschafter, den wir hatten. Sicherlich seine dummen Geschäfte mit Daimleraktien – der Grund für den Rücktritt – waren politisch-moralisch nicht korrekt.



Christos Prassas (rechts)
... 1965 zusammen mit griechischen Freunden

Hast du heute noch politische Ideale?

Mit der SPD habe ich große Probleme. Der einzige Lichtblick ist für mich Hermann Scheer, der Bundestagsabgeordnete des Rems-Murr-Kreises. Er setzt sich seit Jahren gegen die weitere Zerstörung unserer Umwelt ein und für eine echte Friedenspolitik. Und dies unbeirrt von den neoliberalen Mehrheit in der Partei.

Welche Ereignisse waren für dich politisch prägend?

Die Ermordung des griechischen KP-Abgeordneten und Friedensaktivisten Grigorios Lambrakis 1963. Der Fall wurde später auch durch den Film „Z“ von Costa Gavras weltweit bekannt, in dem Yves Montand Lambrakis spielte. Wir haben in Saloniki dagegen demonstriert; die Polizei hat deswegen meine Personalien aufgenommen. Meine Mutter hat dann Angst bekommen und mich mit sanfter Gewalt nach Deutschland gebracht.

Beeinflusst haben mich später die Studentenbewegung Ende der 60er Jahre und die Friedensbewegung in den frühen 80er Jahren, wo wir zusammen mit den SPD-Genossen Oskar Lafontaine, Erhard Eppler, Pfarrer Heinrich Albertz und andere den US-Stützpunkt Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd blockierten, um gegen die Stationierung von atomaren Mittelstrecken-Raketen zu protestieren. Als Gewerkschafter hat mich vor allem der Kampf um die 35-Stunden-Woche geprägt. Wir haben 1984 bei Bauknecht allen Aktionen mitgemacht und sind zuletzt ausgesperrt worden.

Sollten Gewerkschafter Mitglied in einer politischen Partei sein?

Man kann innerhalb einer Partei Einfluss nehmen. Ich habe das in der SPD oft versucht, aber wir konnten uns in letzter Zeit leider immer weniger durchsetzen.

Nenne die wichtigste Eigenschaft, die ein Betriebsrat haben sollte?

Er sollte ein politischer Mensch sein, denn Betriebsratsarbeit ist auch politische Arbeit.



Das sieht man besonders in diesen Wochen, wo es in Berlin um die Beschneidung unserer Rechte geht. Wir werden deshalb auch bei Bauknecht eine Protestaktion organisieren. Ich kann nicht ausschließen, dass dabei die Waschmaschinen-Produktion kurzfristig unterbrochen wird.

Was machst du neben der Betriebsrats-, Gewerkschafts- und Parteiarbeit?

Im Urlaub gehe ich am liebsten mit dem Boot aufs Meer, um zu fischen.

Welchen Kinofilm hast du zuletzt gesehen?

„My Big Fat Greek Wedding“, ein amüsanter Film über eine griechische Hochzeit. Ein Auswanderer-Film, der in den USA der 60er Jahre spielt. Wunderbar der Vater mit seiner griechischen Mentalität. Meine Frau, eine Schwäbin, kennt das auch. Noch heute sagt sie mir gelegentlich: „Da kommt wieder dein Grieche raus.“

kurz und bündig

- 56 Jahre alt, verheiratet, ein erwachsener Sohn
- Gelernter Schreiner
- Seit 1978 Betriebsrat bei Bauknecht in Schorndorf, inzwischen eine Tochter des US-Konzern Whirlpool
- Betriebs- und Gesamtbetriebsratsvorsitzender seit 1998
- Mitglied der Großen Tarifkommission der IG Metall in Baden-Württemberg seit 1999
- SPD-Mitglied seit 1979
- Stadtrat in Schorndorf 1992 bis 1994 (als Nachrücker) und seit 1999
- Präsidiumsmitglied des Verbandes der griechischen Gemeinden in Deutschland
- Aufsichtsrat bei Bauknecht seit 1999

CDU-Kollege kritisiert eigene Partei

Betriebsräte dürfen nicht erpressbar werden

Der Unmut von Gewerkschaftern über die herrschende Politik der sozialen Kälte nimmt auch in der CDU zu - vor allem bei den Kolleginnen und Kollegen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Ein Beispiel ist der Metalller Helmut Keusemann vom Esslinger Matsushita-Toshiba-Werk, wo Panasonic-Bildröhren hergestellt werden.

„Ich hätte mächtig etwas dagegen, wenn uns die Möglichkeiten beschnitten würden, uns für die Beschäftigten einzusetzen“, sagt Keusemann. Doch genau das werde derzeit im Vermittlungsausschuss zwischen Bund und Ländern verhandelt. Denn die von der CDU und der FDP in die Diskussion gebrachte Verschlechterung des Arbeits- und des Tarifrechts führe dazu. Keusemann hat sich deshalb an der Unterschriftenaktion der IG Metall gegen diese Angriffe beteiligt.

Die Gefahr sieht er allerdings nicht nur bei der eigenen Partei, sondern auch bei der SPD. Er verweist auf die Kanzler-Rede vom März diesen Jahres (Agenda 2010), in der Gerhard Schröder mit Angriffen auf die Tarifautonomie gedroht hatte. Auch die Signale des jüngsten SPD-Parteitag seien nicht ermutigend. „Aber wenn wir die IG Metall, das derzeitige Tarifrecht und unsere Tarifverträge nicht hätten“, sagt Keusemann, „dann wären wir ständig Erpressungen der Gegenseite ausgeliefert“. Der Matsushita-Toshiba – Betriebsrat weiß wovon er spricht. Seit 36 Jahren arbeitet er in dem Esslinger Bildröhren-Werk, das mehrere Krisen und Eigentümer überstehen musste. Und seit über 20 Jahren vertritt er die Interessen der heute 850 Beschäftigten als Betriebsrat.

„Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie flexibel die IG Metall bei uns war“, sagt Keusemann. „Wenn ich das in CDU-Kreisen erzähle, dann erlebe ich großes Staunen.“ Da herrsche „der allgemeine Glaube, bei der IG Metall gäbe es nur Betonköpfe“.

Tatsächlich haben die Beschäftigten des Esslinger Röhrenwerkes stürmische Zeiten hinter sich. Erst vor drei Jahren ist es ihnen gelungen, wieder zu einer Tarifbindung zu kommen. „Jetzt nähern wir uns den üblichen Standards an“, sagt Keusemann. Eine Verschlechterung des Tarifrechts würde dies alles wieder in Frage stellen und nicht nur

bei uns die Arbeitswelt erheblich verändern. „Deshalb sage ich meinen Partei-Oberen: Finger weg vom Tarifrecht und sprecht mit den Betriebsräten, die bei uns Mitglied sind!“ Doch leider, räumt der Metalller ein, habe die CDA nur wenig Einfluss innerhalb der CDU.



Protest bei Daimler in Sindelfingen

Die örtlichen IGM-Büros
IG Metall Esslingen
Julius-Motteler-Straße 12
73728 Esslingen
Fon 0711/93 18 05-0
Fax 0711/93 18 05-34
esslingen@igmetall.de
www.esslingen.igmetall.de

IG Metall Göppingen
Poststraße 14A
73033 Göppingen
Fon 07161/9 63 49-0
Fax 07161/9 63 49-49
goeppingen-geislingen@
igmetall.de
www.igmetall.de/homepages/
goeppingen-geislingen

IGM-Büro Geislingen
Burgstraße 3
73312 Geislingen
Fon 07331/95 46-0
Fax 07331/95 46-20

IG Metall Ludwigsburg
Schwieberdinger Straße 71
71636 Ludwigsburg
Fon 07141/44 46-10
Fax 07141/44 46-20
ludwigsburg@igmetall.de
www.bw.igm.de/region/
ludwigsburg/

IG Metall Stuttgart
Sattlerstraße 1
70174 Stuttgart
Fon 0711/1 62 78-0
Fax 0711/ 1 62 78-49
stuttgart@igmetall.de
www.bw.igm.de/region/
stuttgart/

IGM-Büro Sindelfingen
Gartenstraße 10
71063 Sindelfingen
Fon 07031/79 83-0
Fax 07031/79 83-30
stuttgart@igmetall.de

IG Metall Waiblingen
Fronackerstraße 60
71332 Waiblingen
Fon 07151/95 26-0
Fax 07151/95 26-22
waiblingen@igmetall.de
www.waiblingen.igm.de/



Helmut Keusemann
Matsushita-Toshiba-Betriebsrat

rätselecke

Berlin-Reise zu gewinnen

Welche Industrie-Branche in der Region Stuttgart ist die beschäftigungsintensivste?

Lösungswort

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Bitte ausfüllen und an folgende Adresse schicken:

IG Metall · Redaktion REGIONAL
Fronackerstraße 60 · 71332 Waiblingen
Fax 0 71 51/95 26-22

► Einsendeschluss: 23. Dezember 2003

Name, Vorname
Straße, Nr.
PLZ, Wohnort
Telefon

Unter den Einsendungen mit der richtigen Antwort werden sieben Gewinner gezogen. Erster Preis: eine dreitägige **Studienfahrt nach Berlin** für zwei Personen. Der zweite Preis sind zwei Karten der **Kulturgemeinschaft** für ein Konzert, eine Ballettvorführung, einen Theater- oder Opernbesuch oder eine Kunstführung. Die übrigen Gewinner erhalten das neue Buch von **Hermann Scheer**. Titel: **Die Politiker**. Gewerkschaftsangehörige können an der Verlosung nicht teilnehmen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Arno Bohn ist die Lösung des letzten Rätsels. Bohn ist der Porsche-Chef, der den Boxster auf den Weg gebracht hat.

Der Gewinner der Berlinreise ist **Hubert Neff** aus Kornwestheim. Die Karten der Kulturgemeinschaft erhält **Hans-Ulrich Klotzbücher**, Stuttgart. Die Wiedeking-Biographien gehen an Peter Boettel, Göppingen, Axel Götz, Neu-Weiler, Karl Keller, Stuttgart, Ute Kröner, Geislingen, Harald Mörth, Stuttgart, Lothar Muchenberger, Pleidelsheim, Georg Reiß, Frielzheim und Rainer Wiedenhöfer, Alfdorf.